

Russen und Russischsprachige in Zentralasien: eine russische Sicht

Buskov, Valentin I.; Sitnjanskij, Georgij Ju.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Buskov, V. I., & Sitnjanskij, G. J. (1997). *Russen und Russischsprachige in Zentralasien: eine russische Sicht*. (Sonderveröffentlichung / BIOst, Feb. 1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44345>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.rz.uni-koeln.de/extern/biost>

Inhalt

Seite

Kurzfassung
3	
Einleitung
6	
Kasachstan
7	
Kirgistan
10	
Usbekistan
16	
Turkmenistan
17	
Tadschikistan
19	
Resumée
23	

30. Januar 1997

Die Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter an der Abteilung für Zentralasien des Instituts für Ethnologie und Anthropologie der Akademie d.W.

Übersetzung und Redaktion: Uwe Halbach

Valentin I. Buškov/Georgij Ju. Sitnjanskij

Russen und Russischsprachige in Zentralasien

Eine russische Sicht

Sonderveröffentlichung des BIOst 1997

Kurzfassung

Vorbemerkung

Die vorliegende Sonderveröffentlichung stellt die Probleme der Russen und der "Russischsprachigen" (d.h. der Angehörigen ethnischer Minderheiten in ehemaligen Sowjetrepubliken, die bei Volkszählungen Russisch als ihre Muttersprache angeben) in den fünf sowjetischen Nachfolgestaaten Zentralasiens dar. In Zentralasien entfällt die Kategorie der Russischsprachigen überwiegend auf die "europäische" Bevölkerung der Region (Slawen, Deutsche), aber auch auf Koreaner u.a. Die Veröffentlichung stammt von zwei russischen Regionalexperten des Akademie-Instituts für Ethnologie und Anthropologie in Moskau. Die Untersuchung stützt sich auf Migrationsdaten, auf Angaben zur sozialökonomischen Entwicklung in der Region, auf demoskopische Umfragen, auf Berichte von Betroffenen und Darstellungen in der russischen Presse. Sie erfaßt einen Zeitraum bis einschließlich 1995.

Ergebnisse

1. Das Problem der Russen und Russischsprachigen in den ehemaligen Unionsrepubliken und heute unabhängigen Staaten Zentralasiens führt in die sowjetische Vergangenheit zurück, in der sich bereits eine Krise zentralasiatischer Gesellschaften durch wirtschaftliche Stagnation und Verschärfung interethnischer Spannungen entwickelte. Sie erlangte ihre besondere Ausprägung aber mit dem Zerfall der Sowjetunion, der mit einer Politisierung der Bevölkerung und einer Verschärfung der interethnischen Beziehungen einherging. Unter den aus sowjetischer Zeit ererbten Krisenfaktoren sind das hohe Bevölkerungswachstum unter den autochthonen Nationalitäten, Boden- und Wasserverknappung, Umsiedlungen auf dem Land, wachsende Arbeitslosigkeit u.a. zu nennen. Die Verschlechterungen für die russische und die russischsprachigen Minderheiten ergeben sich nach 1991 aus folgenden Faktoren: der Ausrichtung der nachsowjetischen Staatsbildung auf die jeweiligen "Titelnationen", der Verdrängung der russischen Sprache aus dem staatlichen und gesellschaftlichen Leben, einem Informationsvakuum für die betroffenen Gruppen, der Verschlechterung zwischenmenschlicher Beziehungen, dem Gefühl, von gewalttätigen Konflikten in Krisenzonen bedroht zu werden, zahlreichen Benachteiligungen bei der Privatisierung, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt u.a. Die betroffenen Minderheiten sind gesellschaftlich nur schwach organisiert. Um so mehr richten sich ihre Hoffnungen darauf, daß Rußland für ihr Wohlergehen in der Diaspora eintritt.
2. Kasachstan ist seiner ethnischen Bevölkerungszusammensetzung nach ein Sonderfall. Es besteht in ethnodemographischer Hinsicht aus drei Gruppen von Provinzen: solchen mit ei-

nem Übergewicht der nicht-kasachischen, überwiegend slawischen Bevölkerung im Norden, solchen mit gleich großen kasachischen und nicht-kasachischen Bevölkerungsteilen und solchen mit einer kasachischen Bevölkerungsmehrheit im Süden. Es vollzieht sich eine Binnenmigration von Russen und Russischsprachigen aus Provinzen der zweiten und dritten in solche der ersten Gruppe. Eine gegenläufige Migration der Kasachen verläuft von den nördlichen in die südlichen Provinzen. Beide halten sich die Waage. Seit den achtziger Jahren überwiegt die Auswanderung aus Kasachstan die Einwanderung, besteht ein negativer Migrationssaldo. Die Emigration der Russen und Russischsprachigen hat sich in den neunziger Jahren erheblich verstärkt, obwohl in Kasachstan die Quote derjenigen, die ihre Auswanderungsabsicht bei Umfragen bekundeten, noch 1991 mit 5% geringer war als in anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion. Als Hauptgründe für die Auswanderung wurden mangelnde Zukunftsperspektiven für die eigenen Kinder (59,4%), materielle Schwierigkeiten (40,6%), Angst vor Konflikten und vor Gewalt (37,5%) und andere Probleme (Unkenntnis der kasachischen Sprache, Umweltbedingungen, ethnopolitische Situation) genannt. Langfristig gesehen wird Nordkasachstan der einzige Teil Zentralasiens mit einer größeren russischen und russischsprachigen Bevölkerung bleiben. Sollte die Politik in Kasachstan einer ethno-nationalstaatlichen Linie folgen, die sich ansatzweise bereits in einer Kasachisierung der Staatsverwaltung (der Anteil der Nicht-Kasachen sank hier zwischen 1989 und 1994 von 50% auf 25%) und anderen Erscheinungen zeigt, ist aus Sicht der Autoren ein Zerfall des Landes in einen Nord- und einen Südteil nicht auszuschließen.

3. In Kirgistan löste ein neues Sprachengesetz vom September 1989 eine erste größere Auswanderungswelle aus. Noch 1994 nannten bei einer Umfrage 83% potentieller Emigranten die Sprachensituation als den Hauptgrund für Auswanderung. Auslösefaktoren für die Emigration an der Wende von der sowjetischen zur Unabhängigkeitsperiode waren aber auch soziale Spannungen zwischen Kirgisen und Nicht-Kirgisen, die sich im Sommer 1990 in der Provinz Oš in gewalttätigen Kollisionen zwischen Volksgruppen entluden. In den folgenden Jahren wurde nach der Einschätzung der Autoren eine Politik zugunsten der Titularnation betrieben und in der Bevölkerung entfaltete sich eine antirussische Stimmung. In kompakten Siedlungen lebten europäische Bevölkerungsgruppen nur noch im zentralen Landesteil mit der Hauptstadt, in der sie sogar noch die Bevölkerungsmehrheit bilden. Aus anderen Landesteilen ist eine erhebliche Abwanderung erfolgt. Die Autoren stellen allerdings für die letzte Zeit die Bereitschaft fest, weiterer Emigration der Minderheiten entgegenzuwirken, und äußern die Hoffnung, daß russischsprachige Bevölkerungsteile auch weiterhin in Kirgistan leben werden. Es gibt eine Rückwanderung nach Kirgistan unter jenen russischen Auswanderern, die in Rußland keine Heimat fanden.
4. Für Usbekistan sagen die Autoren eine definitive Emigration der europäischen Bevölkerungsteile voraus. Diese stellen hier – im Unterschied zu Kasachstan und Kirgistan – auf dem Land kein Gegengewicht zur titularen Nationalität dar, und in den Städten hat sich ihre Situation zunehmend verschlechtert. Ins Gewicht fallen dabei auch der autoritäre Charakter der Regierung und die Schwierigkeit, Minderheitenrechte aktiv und auf demokratische Weise zu verfechten.
5. In Turkmenistan sind die politischen Umstände noch bedrückender. Auch die sozialökonomische Entwicklung verdüstert hier – trotz positiver Wachstumsdaten – die Perspektive auf einen weiteren Verbleib der russischen und russischsprachigen Bevölkerungsgruppen, die überwiegend im industriellen Sektor des Landes (Erdöl-, Erdgasindustrie) beschäftigt sind.

Die Behörden behindern die Ausreise mit allen möglichen Mitteln, dennoch wandern jährlich durchschnittlich 12.000 Personen aus dem Land aus. Auf Grund der äußerst restriktiven Informationspolitik der Regierung ist es schwierig, aus offiziellen Quellen ein Bild über die Lage ethnischer Minderheiten in der Republik zu erlangen, die sich gerne als eine "Insel des ethnischen Friedens" darstellt.

6. In Tadschikistan ist die Lage der russischsprachigen Bevölkerung in Zentralasien am schlimmsten. Der Hauptgrund dafür liegt in der Bürgerkriegssituation, die 1992 entstand und bis heute nachwirkt. Schon vorher gab es eine wirtschaftlich bedingte Abwanderung der Russen und Russischsprachigen, die sich nach den Gewaltexzessen zwischen den tadschikischen Bürgerkriegsparteien (die Gewalt richtete sich nicht primär gegen die nicht-tadschikischen Minderheiten) zur Flucht verschärfte. Ein wesentlicher Faktor für die Auswanderung zu Beginn der Unabhängigkeit war auch hier das neue Sprachengesetz. Die Autoren untersuchen die Migrationsvorgänge zwischen 1989 und 1994. In diesem Zeitraum sind um die 690.000 Menschen aus dem Land ausgewandert. Für die nachfolgenden Jahre wird die restlose Auswanderung russischsprachiger Bevölkerungsgruppen aus Tadschikistan prognostiziert.

Einleitung

Die sogenannte "Frage der Russen " in den neuen Staaten Zentralasiens ist nicht erst mit dem Zerfall der Sowjetunion entstanden, sondern schon früher. Sie war vor allem mit der sozialen Krise der zentralasiatischen Gesellschaften verbunden, die in jeder einzelnen Republik ihre eigene Ausprägung hatte und sich in unterschiedlichen Erscheinungsformen zeigte. Zunächst machte sie sich durch allgemeine Verschlechterungen der wirtschaftlichen Situation bemerkbar, die besonders empfindlich die "russischsprachige" Bevölkerung betrafen, weil diese überwiegend in den Städten in einer lohnabhängigen Situation lebte. Der zweite grundlegende Faktor war die Verschlechterung der interethnischen Beziehungen und der inneren Sicherheit (Pogrome in Fergana 1989, in Oš, Uzgen' und Dušanbe 1990), hinter der die Hauptursachen der Krise zum Vorschein kamen: ein allgemeiner Hunger nach Boden und Wasser, Umsiedlungen auf dem Land und erhebliche Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, verbunden mit einem besonders hohen natürlichen Bevölkerungswachstum in den "autochthonen" Nationalitäten.

Eine Folge dieser Krise war die rasche Politisierung der "autochthonen" Bevölkerung in den zentralasiatischen Republiken, die Entwicklung gesellschaftlicher und politischer Bewegungen und Parteien, welche die Positionen eines praktisch unverschleierte Nationalismus und Antirussismus sowohl auf der politischen wie auf der Ebene des Alltagslebens einnahmen. Im Laufe des Jahres 1989 wurden in allen diesen Republiken Sprachengesetze verabschiedet, die den Übergang der Staatsangelegenheiten auf die Sprache der Titularnation in einer relativ kurzen Frist vorsahen. Ebenso sollte das Bildungssystem auf diese Sprachen umgestellt werden. Es folgten die Deklarationen der staatlichen Souveränität, durch die sich die Russen und Russischsprachigen als ethnische Minderheiten in Ländern, in denen sie seit langem wohnten, wiederfanden. Dabei waren sie daran gewöhnt, sich zuerst mit dem Ganzen der Sowjetunion oder eines imperialen Rußland zu identifizieren, was mit ihrer historischen Funktion bei der Bildung der regionalen Staaten und mit der integrierenden Rolle der russischen Sprache und Kultur zu tun hatte. Jedenfalls waren sie es nicht gewohnt, sich als nicht-staatstragende, nicht-autochthone Nationalitäten und Minderheiten zu empfinden.

Die russischsprachigen Gruppen, die sich nun plötzlich des staatlichen Rückhalts beraubt sahen und sich in einem fremden kulturellen und sprachlichen Milieu befanden, zeigten zur schnellen und effektiven nichtstaatlichen gesellschaftlichen Selbstorganisation kaum in der Lage. Das machte sie in politischer und sozialkultureller Hinsicht verletzlich.

Seit 1992 empfand die russische Bevölkerung in den unabhängig gewordenen Staaten eine Verschlechterung ihrer sozialen Lage. Die Faktoren dieser Verschlechterung nahmen in einem breiten Spektrum zu. Besonders sind hier zu erwähnen:

- die ethnozentristische Dominante beim Aufbau der unabhängigen Staatlichkeit;
- die Verdrängung der russischen Sprache aus allen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens;
- Diskriminierungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt;
- die Islamisierung vieler Lebensbereiche;
- ein Informationsvakuum;
- eine deutliche Veränderung der zwischenmenschlichen Beziehungen;
- Gefährdung durch militärische und kriminelle Gewalt in Konfliktzonen;

- die Begrenzung der eigenen Rechte bei der Privatisierung, beim Erwerb von Grundstücken und Wohnungen, in der unternehmerischen Tätigkeit.

Versuche, die russischsprachige Bevölkerung in den zentralasiatischen Republiken zu organisieren, wurden von den Behörden unterbunden, besonders wenn sie politischen Charakter hatten. Erst in den letzten Jahren, als in Rußland Hunderttausende Flüchtlinge Zuflucht suchten und die offizielle Politik Rußlands sich ihrer zumindest formell annahm, nahmen solche Versuche der Selbstorganisation systematischeren und effektiveren Charakter an (Kongreß der russischen Gemeinden, Hilfsfonds Rußlands für Flüchtlinge und Landsleute u.a.).

Im folgenden soll die Lage der russischen und russischsprachigen Bevölkerung in den einzelnen zentralasiatischen Republiken, die Ursachen, Ausmaße und Tendenzen der Auswanderung sowie die Möglichkeiten des weiteren Verbleibs der betroffenen Gruppen in der Region untersucht werden.

Kasachstan

Kasachstan nimmt durch die polyethnische Struktur seiner Bevölkerung in der Region eine Sonderstellung ein. In seiner Bevölkerungszusammensetzung macht die russischsprachige Komponente mehr als die Hälfte aus. Zur Zeit scheint die ethnische Situation in Kasachstan relativ stabil zu sein. Dennoch wird die Entstehung eines großen ethnopolitischen Konfliktherds in dieser Republik nicht ausgeschlossen. In Kasachstan, dem einzigen Nachfolgestaat der Sowjetunion, in dem die Titularnation nicht die absolute Mehrheit in der Bevölkerung bildet, erlangen interethnische Beziehungen eine besondere Bedeutung.

Kasachstan ist in drei Gruppen von Provinzen (oblasti) unterteilt - solche mit einem Übergewicht der nicht-kasachischen Bevölkerung (die fünf "Neuland"-Provinzen Nordkasachstans, Karaganda, Ostkasachstan und die Stadt Almaty), solche mit gleich großen kasachischen und nicht-kasachischen Bevölkerungsteilen (Aktjubinsk, Almaty, Džambul, Džezkazgan, Westkasachstan, Mangyşlak, Semipalatinsk, Taldykurgan) und solche mit einem Übergewicht der kasachischen Bevölkerung (Atyrau, Kzylorda, Turgaj, Čimkent). Gegenwärtig vollzieht sich eine Binnenmigration von Russischsprachigen aus den Provinzen der zweiten und dritten Gruppe in die der ersten Gruppe. Gleichzeitig siedeln Kasachen aus nördlichen in die südlichen Provinzen um. Diese Migrationsströme halten sich in etwa die Waage.

Bereits in den achtziger Jahren war infolge verminderter Einwanderung von Industriearbeitern bei gleichzeitiger Verstärkung der Emigration ein negativer Migrationssaldo entstanden. Gleichzeitig zeigte sich ein historisch gewachsenes Mißverhältnis zwischen dem Anteil der Kasachen an der Gesamtbevölkerung der Unionsrepublik und ihrer Repräsentanz in den Branchen der Industrieproduktion. Während der relative Bevölkerungsanteil der Titularnation von 36% 1979 auf 39,7% 1989 anwuchs und bis 1993 44,3% erreichte, nahmen die Kasachen unter den Arbeitern wie zuvor nur einen Anteil von nicht mehr als 20% ein, wobei der Schwerpunkt ihrer Beschäftigung auf Funktionen in den Kolchosen und Sowchosen und auf Spezialisierungen entfiel, die keine hohe Qualifikation erforderten. Der Anteil kasachischer Arbeiter in Branchen wie der Schwarzmetallurgie und der Bergbauindustrie lag 1989 bei 8,6% bzw. 9,2%.¹ Das Offizierskorps der Armee Kasachstans bestand dagegen nach dem Zerfall der Sowjetunion zu mehr als 90% aus Russischsprachigen.

¹ Mežnacional'nye otnošenija v Kazachstane (teorija i praktika regulirovanija), Alma-Ata 1993, S.66.

Die Staatsgrenzen zwischen Rußland und Kasachstan sind durchlässig, und können dies auch gar nicht anders sein angesichts der Tatsache, daß in den zehn an Kasachstan grenzenden Provinzen Rußlands 22,4 Mio. Russen und 542.000 Kasachen und in neun Grenzprovinzen Kasachstans zu Rußland 2,5 Mio. Kasachen und 2,9 Mio. Russen leben.²

In Kasachstan hatte sich eine ausgesprochen asymmetrische Zweisprachigkeit entwickelt: 1989 beherrschten weniger als ein Prozent der dort lebenden Russen die kasachische Sprache; dagegen gaben 64,1% der Kasachen an, die russische Sprache fließend zu beherrschen. Sogar noch in der Gegenwart, d.h. unter den Bedingungen einer strikten offiziellen Aufwertung der Nationalsprache, vollzieht sich eine Tendenz des Übergangs der Kasachen zur russischen Sprache.³ In dieser Situation sah sich die Regierung gezwungen, die Frist für den Übergang zur kasachischen Staatssprache mehrmals zu verlängern, und übergab dann diese Frage den lokalen Machtorganen zur Begutachtung.

Gleichzeitig brachte die Verringerung des Anteils der Nicht-Kasachen in der Staatsverwaltung (von 50% auf 25% in der Zeit von 1989 bis 1994 nach Angaben des Komitees für GUS-Angelegenheiten bei der Staatsduma der RF) und die Diskriminierung der Nicht-Kasachen im höheren Bildungswesen (nach sprachlichen Kriterien) immer mehr Russischsprachige dazu, die Republik zu verlassen und die Staatsbürgerschaft Rußlands anzunehmen.

Im August und September 1991 führte VCIOM eine komplexe Untersuchung zum Thema "Die Russen in den Republiken" durch. Damals stellte sich heraus, daß nur 5% der Russischsprachigen beabsichtigten, Kasachstan zu verlassen (zum Vergleich: in Kirgistan 20%, in Aserbaidschan 25%, in Tschetschenien 35%). Nur 7% der Befragten nannten interethnische Spannungen und Konflikte als Auswanderungsgrund.⁴ Aber im November 1993 bekundeten bereits 15,2% der russischsprachigen Stadtbewohner der Republik Auswanderungsbereitschaft, 19,2% schwankten zwischen Auswanderung und dem weiteren Verbleib in Kasachstan.⁵

Nach einem weiteren Jahr, im Herbst 1994, erklärten in Almaty 18,8% der befragten Russen, daß sie in Rußland ihr "Elternhaus" sehen, in das sie zurückkehren möchten. Für 22,6% war es "ihre Hoffnung auf Zukunft" und für 25,8% "ihre wirkliche Heimat". 21,9% erklärten, für sie bedeute "Russe sein", in Rußland zu leben. Die gleiche Zahl der Respondenten sagten, Kasachstan sei für sie ein "Ort, an dem sie sich nicht in Sicherheit fühlten", und 15,6% bekundeten, aus diesem Land auswandern zu wollen. Gleichzeitig sahen aber 37,5% der Befragten in Kasachstan "ihre eigentliche Heimat" und ebenso viele bezeichneten sich eindeutig als "Staatsbürger Kasachstans".⁶ Wenn man diese Umfrageergebnisse summiert, gelangt man zu dem Schluß, daß etwa 20% der Befragten ihre Zukunft mit einem Umzug verbanden und etwa 40% definitiv in Kasachstan bleiben wollten. Andererseits meinten damals 71% der befragten Russen in Almaty, sie würden fortgehen, wenn sich ihnen die Möglichkeit dazu böte.⁷

² Razuvaev, V.V., Rossijskaja Federacija i "bližnee zarubež'e". Geopolitičeskie problemy. Rossija i ee sosedi. Etnosocial'nye otnošenija v novom geopolitičeskom prostranstve. M. 1994, S. 90.

³ D.A. Mitina, Dinamika tničeskogo sostava sovet'skogo i postsovet'skogo Kazachstana. (Manuskript). Archiv kafedry tnologii MGU im. M.V. Lomonosova. o.O., o.J.

⁴ Ju. Levada, Obščestvennoe mnenie ob uslovijach i faktorach migracii russkogo naselenija. Byvšyj SSSR: vnutrennjaja migracija i migracija, Vyp.1, M.1992, S. 25-26.

⁵ A. Glubockij u.a., Russkie v bližnem zarubež'e, M. 1994, S. 66.

⁶ N.M. Lebed'eva, Novaja russkaja diaspora, M.1995, S. 46-48.

⁷ Ebenda, S. 50.

Für 1995 liegen den Autoren keine Umfrageergebnisse vor, aber die Emigration hat sich nach 1994 etwas vermindert. Und tatsächlich deutete sich im Nachbarland Kirgistan ein Umschwung der Migrationsstimmung an.

Schon 1992 hatten 369.000 Menschen Kasachstan verlassen. Auswanderung wurde auch aus allen nichtslawischen Landesteilen festgestellt. 85% der Emigranten waren aber Russen.⁸ Allein 1991-92 verminderte sich die russische Bevölkerung in Kasachstan um 47.900 Personen, die ukrainische zwischen 1989 und 1993 nur um 21.000, die deutsche dafür aber um 261.000, d.h. um über 30% (von 957.000 deutschstämmigen Bewohnern Kasachstans 1989). Dabei waren 22% der Emigranten bis zu 19 Jahre alt, 41% zwischen 20 und 29 Jahre, 19% zwischen 30 und 39 Jahre.⁹

Abrupten Charakter hatte die Migration nur in Städten, in denen Betriebe des Militär-Industriellen-Komplexes konzentriert waren wie Ševčenko u.a. Aus Ust'-Kamenogorsk wanderten nach Angaben des städtischen Migrationsamts 1994 15.000 Personen aus. Am 1. Januar 1995 lebten in der Republik 5,8 Mio. Russen gegenüber 6,2 Mio. im Jahre 1989.¹⁰ Dabei hätten nach Umfrageergebnissen des in Almaty 48,6% der potentiellen Migranten ihre Entscheidung geändert, wenn sich die wirtschaftliche Situation verbessert hätte.

59,4% der befragten ausreisewilligen Russen Almatys nannten als Ausreisegrund die mangelnde Zukunftsperspektive für ihre Kinder, 40,6% materielle Schwierigkeiten (hier wurden verschiedene Gründe genannt), 37,5% Befürchtungen um ihr eigenes Leben oder das ihrer Angehörigen, je 28,2% die mit der Unkenntnis der kasachischen Sprache verbundenen Schwierigkeiten, die "Unmöglichkeit, in dieser Atmosphäre Russe zu bleiben" oder die ungünstige Umweltsituation, je 25% den durch die neue ethnopolitische Situation veränderten Status der Russen und den "Wunsch, unter dem eigenen Volk zu leben". Von den Respondenten, die fest entschlossen waren zu bleiben, wurden 37,5% von der Abneigung zurückgehalten, ihren gesamten Besitzstand im Stich zu lassen, 28,2% von der Hoffnung auf eine Änderung der Situation, 21,9% von der Einschätzung, daß man in Rußland nicht auf sie warte, je 18,8% von materiellen Schwierigkeiten und von dem Glauben, "hier weiterhin leben zu wollen und das Recht dazu zu haben", 12,5% von der Überzeugung, dieses Land sei ihre Heimat und sie seien hier "an ihrem Platz".¹¹ Schließlich erklärten 65,5% der befragten Russen Almatys, daß sie ein Gesetz über doppelte Staatsbürgerschaft für die optimale Lösung des Problems hielten.¹²

Eine Reihe russischer Organisationen wurden verboten oder es wurde ihnen die Registrierung verweigert. Die Russische Gemeinde Kasachstans (Kazachskaja Russkaja Obščina) konnte nur mit Mühe ihre Registrierung im Herbst 1992 erlangen. Den internationalen Block "Edinstvo" (Einheit) ließen die Behörden nicht zur Registrierung zu. In seiner Forderung, dem Russischen den Status einer Staatssprache zu gewähren, sahen sie "einen Anspruch auf die Exklusivität des russischen Volkes". Auch "russischsprachigen" Kandidaten für ein Abgeordnetenmandat wurde gelegentlich die Registrierung verweigert, so in Kokčetau, wo die betreffenden Kandidaten für das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft eintraten. Es kam zu

⁸ V. Moiseev, Ne inostrancy, no i ne svoi: v Kazachstane tesnjat russkich, in: Rossijskaja gazeta, 27.8.1993.

⁹ A.P. Majakšev, Gosudarstvennoe samoopredelenie i tendencii izmenenija nacional'noj struktury (na primere Kazachstana vtoroj poloviny 80-ch - načala 90-ch gg.), in: Transformacija civilizacionno-kul'turnogo prostranstva byvšego SSSR, M. 1994, S. 239.

¹⁰ N.M. Lebed'ev, a.a.O., S. 36.

¹¹ Ebenda, S. 51-52.

¹² Ebenda, S. 61.

Schließungen "russischsprachiger" Zeitungen. Im März 1995 setzte Präsident Nazarbaev an die Stelle des aufgelösten Parlaments ein rein dekoratives Organ namens "Versammlung der Völker Kasachstans". Wie schon im aufgelösten Parlament dominieren auch in ihm die ethnischen Kasachen; ihre Repräsentanz dort übersteigt bei weitem ihren Anteil an der Republikbevölkerung: von 290 Mitgliedern der Versammlung sind 133 Kasachen und nur 46 Russen.

In Entwicklungsszenarien werden für Kasachstan drei Varianten der Staatsbildung angenommen: 1. ein kasachischer Nationalstaat, 2. ein kasachstanisch-russischer Staat, 3. ein Vielvölkerstaat. Aber auch der Zerfall des Landes in einen Nord- und Südteil ist möglich, besonders für den Fall, daß die Entwicklung dem ersten Szenario folgt. Die Auswanderung der russischsprachigen Bevölkerung aus den nördlichen Provinzen Kasachstans ist wenig wahrscheinlich.¹³

Kirgistan

Zum ersten Auslöser für eine massenhafte Auswanderung Russischsprachiger aus Kirgistan wurde die Annahme des "Gesetzes über die Staatssprache" durch den Obersten Sowjet der Republik am 23. September 1989. Gemäß diesem Gesetz wurde nur Kirgisisch als Staatssprache anerkannt. Russisch wurde weder als "zweite Staatssprache" noch als "Sprache der Verständigung zwischen den Volksgruppen" definiert, weder damals noch bei der Verabschiedung einer neuen Verfassung am 5. Mai 1993. Noch bei einer Meinungsumfrage im Jahr 1994 nannten 83% der potentiellen Auswanderer unter der "russischsprachigen" Bevölkerung die Sprachensituation als den Hauptgrund für ihre Auswanderungsbereitschaft.¹⁴

Außerdem begann 1990 die kirgisische Jugend, die aus überbevölkerten Randregionen des Landes in die Städte umgesiedelt wurde, mit einer von den Behörden faktisch geduldeten Besetzung von Grundstücken (samozachvat) bei Biškek (damals noch Frunze). Gegenwärtig entspricht die Gesamtfläche der durch "samozachvat" bebauten Grundstücke der Fläche der kirgisischen Hauptstadt von 1989. Auf ihr leben etwa 150.000 bis 200.000 Menschen.¹⁵ 98% der Landbesitzer und -bebauer sind Kirgisen. 90% dieser neuen Städter wurden von der Stadt nicht gebraucht, sie konnten dort keine Arbeit finden.¹⁶ In der Provinz Oš führten solche "samozachvaty" im Sommer 1990 zu einem Konflikt zwischen Kirgisen und Usbeken. Letztere spielen in Südkirgisien eine ähnliche Rolle wie die Russischsprachigen im Nordteil des Landes: sie machen etwa 40% der lokalen Bevölkerung aus, gleichzeitig aber auch den Löwenanteil an Arbeitskräften in der Landwirtschaft, in der Infrastruktur und in anderen Sektoren. 1990 hatten die Ausschreitungen in Oš auch Auswirkungen im Verhalten gegenüber den Russischsprachigen, die in Provinzen wie Naryn und Talas bedroht und mit Prügeleien und anderen Übergriffen belästigt wurden.

Das alles führte dazu, daß die Emigration der Europäer aus Kirgistan, die 1989 die durchschnittlichen Jahresraten noch nicht überschritten hatte (die Abwanderung aus der russischsprachigen Bevölkerung Zentralasiens begann Mitte der siebziger Jahre), 1990 mit 42.000 Auswanderern

¹³ S.P. Poljakov, Nužny li Rossii sredneaziatskie russkie, in: Rossija i Vostok: problema vzaimodejstvija, M. 1993, S. 386f.

¹⁴ I.A. Subbotina, Russkaja diaspora: čislennost', rasselenie, migracija, in: Russkie v novom zarubeže. Kirgizija, M. 1995, S.55-86, hier S. 76.

¹⁵ Pravda, 7.7.1995.

¹⁶ A.D. Nazarov, S.I. Nikolaev, Russkie v Kirgizii: est' li alternativa ischodu? Russkie v novom zarubeže. Kirgizija. M.1995, S.15-36, hier S. 17f.

bereits 2,5 mal höher lag.¹⁷ Ihren Höhepunkt erreichten die antirussischen Stimmungen 1991. Im Sommer organisierten kirgisische Jugendliche eine Demonstration anlässlich des 75. Jahrestags des Aufstands von 1916. Sie folgte dem Weg, auf dem seinerzeit die Aufständischen vor den zaristischen Truppen geflohen waren. Dabei erklangen antirussische Parolen und Aufforderungen wie die, von den Russen keine Häuser zu kaufen, denn "die werden sie sowieso aufgeben". Damals kam eine Gruppe junger Kirgisen aus dem oberen Tal des Talas in die Stadt Talas geritten und verprügelte alle Russen, die ihr auf der Straße begegneten. Zwar wurden die Täter bestraft – man nahm sie in Haft und gab ihre Pferde an das örtliche Fleischkombinat –, dies ist aber womöglich auf den Umstand zurückzuführen, daß sie einem anderen Stamm angehörten, der mit dem der lokalen Obrigkeit verfeindet war. Die Republikzeitungen waren voll von Artikeln, in denen die Greuel bei der Unterdrückung des Aufstands von 1916 und insgesamt das Leben unter dem "russischen Joch" beschrieben wurden. An den Wänden fanden sich Parolen an die Adresse der Russen mit einem Wortlaut wie "Haut ab, solange ihr noch unversehrt seid! Es darf kein neues 1916 geben". Natürlich war nicht die gesamte Presse der Republik extremistisch. Aber ihre historischen Exkurse arbeiteten einer Verschärfung der nationalen Spannungen zu. Die Autoren solcher Artikel vergaßen offenbar, daß die – wirklich brutale – Niederwerfung des Aufstands nicht einfach spontaner Gewalt entsprang. Nikolaus II. hatte einen Ukaz über die Rekrutierung der eingeborenen Bevölkerung erlassen, nicht an die Kriegsfront, sondern zu Arbeitseinsätzen, dabei mit einer für damalige Zeiten nicht schlechten materiellen Entschädigung. Als Reaktion darauf wurde ein Aufstand entfacht und die friedliche russische Bevölkerung massakriert. Versuchen wir uns einmal vorzustellen, was unter vergleichbaren Bedingungen mit den Kirgisen zum Beispiel unter Stalin im Jahre 1941 passiert wäre.

Die Emigration von Russen aus Kirgistan nahm schon 1991 beträchtliche Ausmaße an. Im Juli kam eine offizielle Delegation aus der RSFSR mit Jelzin und I.S.Silaev an der Spitze. Zahlreiche Treffen und Gespräche, die Unterzeichnung einer Reihe von Abkommen, eine gemeinsame Erklärung über die "Traditionen der Freundschaft und Brüderschaft" sollten den Russischsprachigen das Ende ihrer schweren Prüfungen anzeigen. Die entschiedene Haltung des Präsidenten Akaev, der als Anwalt für die Gleichberechtigung aller Völker auftrat, in den Tagen des Augustputschs sowie sein überzeugender Sieg bei den Präsidentenwahlen im Oktober 1991 verstärkten diese Signale.

Bald wurde aber klar, daß die schweren Prüfungen noch erst bevorstanden. Gegen Ende des Jahres zerfiel die UdSSR. Die ehemalige Kirgisische Unionsrepublik, jetzt die Republik Kirgistan (Kyrgyzstan), erklärte bereits vorher, am 31. August, ihre Unabhängigkeit. Die kirgisische Führung war in den Jahren 1992-1993 in erster Linie auf den "Schutz der Interessen der Titularnation" ausgerichtet. Diese Politik kulminierte in der Annahme einer neuen Verfassung am 5. Mai 1993, die nur die kirgisische Sprache in den Rang der Staatssprache erhob. Der Hinweis der russischsprachigen Bevölkerung auf das sprachenpolitische Beispiel westlicher Länder wie Kanada, Belgien, Finland und auch der Schweiz, in die Akaev Kirgistan angeblich verwandeln wollte, halfen nicht. Nicht ausreichende Kenntnis der Staatssprache langte nun als Grund, jemanden aus einer führenden Position oder generell aus dem Staatsdienst zu entfernen. 1994 war unter den Leitern großer Industriebetriebe kein Russischsprachiger mehr zu finden. Dabei wurde weit und breit die Taktik des "Herausdrängens" angewendet: anstelle der direkten Entlassung der Europäer entzog man ihnen die bisher von ihnen wahrgenommenen Aufgaben und ließ diese von Kirgisen wahrnehmen. Neben dem rein nationalen Faktor spielte dabei auch eine Rolle, daß die Russischsprachigen die Ältestenautorität (in der Sippe, im Stamm) nicht anerkannten. Aus der Sicht der Kirgisen verhalten sich Europäer gegenüber dem "načal'stvo", der Stellung des

¹⁷

Ebenda, S. 20.

Vorgesetzten, unabhängiger als sie selber, für die der Chef am Arbeitsplatz oft identisch mit dem Sippenältesten ist.

Besonders den staatlichen Machtstrukturen versetzte der Übergang zur Staatssprache einen Schlag. So wurde zum Beispiel verlangt, die täglichen Miliz-Berichte in kirgisischer Sprache abzufassen, was nicht nur Russen, sondern auch Kirgisen selber in Verlegenheit brachte. Selbst Beratungen und Dienstlagen sollten nun in kirgisischer Sprache abgehalten werden, obwohl z.B. im Führungspersonal der "Verwaltung innerer Angelegenheiten" in der Tschu-Provinz 70% Russischsprachige waren. Heute wird diese Praxis als ein Fehler angesehen, aber viele Russen, in ihrer Mehrheit hochqualifizierte Kader, haben die Republik bereits verlassen und werden wohl kaum zurückkommen.¹⁸

Der Übergang zur kirgisischen Sprache sollte ursprünglich bis 1998 vollzogen werden. Aber einige lokale Behörden wollten diesen Zeitplan überbieten und abkürzen. So wollte die Provinz Talas schon bis 1993 den Übergang vollziehen.

An russischen Schulen in Biškek wurde im Herbst 1992 fünf Wochenstunden Kirgisisch unterrichtet, Russisch dagegen nur zwei Wochenstunden, und zwar als Fremdsprache. Viele russische Eltern beschwerten sich darüber, daß offizielle Maßnahmen nicht mehr wie vorher in beiden Sprachen, sondern in nur noch in kirgisischer Sprache verkündet werden. Es wurde von Fällen berichtet, in denen Kirgisisch sogar in zivilen Gerichtsverhandlungen zwischen zwei russischsprachigen Parteien zur Anwendung kam.

Zwar wurde später der Termin für die völlige Umstellung auf die kirgisische Sprache ins Jahr 2000, dann ins Jahr 2005 verschoben, aber dies ist eben nur ein Aufschub, keine prinzipielle Lösung des Problems, zumal lokale Behörden wiederum ihren eigenen Zeitplan aufstellen können.

Mit Beginn der Wirtschaftsreformen und der Privatisierung wurden neue Anlässe zur Diskriminierung der Europäer geschaffen. So wurde die Vergabe von Privatisierungsgutscheinen an die Bedingung geknüpft, daß der Empfänger seit mindestens zehn Jahren auf dem Territorium der Republik lebte, sogar dann, wenn er nicht auf eigenen Wunsch, sondern aufgrund einer Dienstversetzung oder ähnlicher Umstände in das Land gekommen war. Außerdem stellte sich bald heraus, daß Rußland sich nicht anschickte, von Kirgistan die unbedingte Beachtung der Rechte seiner russischsprachigen Bevölkerung einzufordern, wie sie dem Vertrag vom Juli 1991 und nachfolgenden Dokumenten entsprochen hätte. Dabei bedachte Rußland Kirgistan zu dieser Zeit mit erheblichen Subventionen, die allerdings nicht mit der Unterstützung zu vergleichen waren, die das Land in sowjetischer Zeit vom Zentrum erlangt hatte.

So war es nicht verwunderlich, daß 1992 bereits 56.000 Russischsprachige aus der Republik ausreisten, und im darauffolgenden Jahr sogar zwischen 100.000 und 120.000¹⁹, davon waren 102.000 Russen (laut Mitteilung der russischen Gesellschaft "Soglasie" in Biškek).

Außerdem waren viele Russischsprachige auch an Migration innerhalb des Landes beteiligt. In den letzten Jahren zogen viele Europäer von der Peripherie in das Landeszentrum, in die Hauptstadt und in die Tschu-Provinz um. Von den Umzüglern aus der Provinz Talas zwischen 1989 und 1992 waren etwa 10% Russischsprachige.²⁰ Das Tal des Tschu ist heute die einzige Region Kirgistans geblieben, in der Europäer in kompakten Siedlungen leben und wo sie in

¹⁸ Nazarov, Nikolaev, a.a.O., S. 21-25.

¹⁹ Izv., 4.12.1993; Nazarov, Nikolaev, S. 26; Subbotina, Russkaja diaspora...Kirgizija, a.a.O., S. 64f.

²⁰ G.Ju. Sitnjanskij, Slavjanskoe naselenie Talasskoj doliny: nastroenija i političeskie simpatii; in: Čelovek v mnogonacional'nom obščestve: tničnost' i prava, M.1994, S. 92-106.

vielen Orten, so zum Beispiel in Biškek, die Bevölkerungsmehrheit bilden. Es ist verständlich, daß sich die Europäer hier behaglicher als in anderen Landesteilen fühlen.

Ein Teil der Russen gibt zu, daß auch sie selber an den aufkommenden interethnischen Spannungen Schuld tragen, vor allem dadurch, daß sie das kirgisische Volk und seine Sitten zu wenig kennen. Nach der Volkszählung von 1989 beherrschten damals nur 1,2 % der Russen die kirgisische Sprache (1% der Stadtbewohner, 1,85% der Landbewohner). Aber traf sie dabei persönliche Schuld, wenn der Unterricht in kirgisischer Sprache an russischen Schulen bereits in den fünfziger Jahren eingestellt worden war und in vielen Städten sowie in den russischen Siedlungen bis in die sechziger, teilweise siebziger Jahre hinein kaum Kirgisen lebten?

Allmählich machten sich aber auch neue Tendenzen bemerkbar. Vor allem verbesserte sich schon 1992 das Verhältnis zu den Russen bei den "einfachen" Kirgisen wesentlich. Die Euphorie über die Erlangung der Unabhängigkeit verpuffte bald nach dem Zerfall der UdSSR und mit der Senkung der Subventionen aus dem Zentrum, die 1988 laut Republikpresse noch 62,5% der Einnahmen des Republikbudgets gebildet hatten. Die Abwanderung "russischsprachiger" Bevölkerung schuf bereits 1993 in der Wirtschaft der Republik eine Situation, die einer Katastrophe nahe kam. Dies war auch kaum verwunderlich: Die lokale Sowjetmacht hatte "nationale Kader" in Wissenschaft und Kunst sowie im Führungsapparat geschaffen, konnte sie aber nicht in der Industrie verwurzeln, wegen des Mangels an einer entsprechenden Tradition in der autochthonen Bevölkerung. 1991 machten Kirgisen nur 8% der qualifizierten Arbeitskräfte und 3% der Ingenieure und des technischen Personals aus. Auch in der Landwirtschaft überwog das nichtkirgisische Element (Russischsprachige und Usbeken). Deshalb wuchs schon 1992 unter der kirgisischen Bevölkerung die Besorgnis über die Abwanderung der Europäer, die Angst vor einer Zerrüttung der Wirtschaft, vor Hungersnot und vor Stammeskonflikten, auch vor einer sogenannten "usbekischen Bedrohung". Im Frühjahr 1993 sickerten in der russischen Presse Informationen durch, wonach die Führung Usbekistans inoffiziell die Entscheidung getroffen hatte, sich in dem Falle einzumischen, daß in Oš erneut Konflikte ausbrechen.²¹

Bis zu den leitenden Kadern drang diese Wahrheit aber sehr viel langsamer durch. Das galt besonders für die "örtliche Ebene", weniger für die oberste Führungsschicht. Ein erstes Anzeichen für die Einsichtsfähigkeit war ein Dekret des Präsidenten Akaev über die Anerkennung des Russischen als offizielle Sprache in allen Ortschaften, Betrieben und Institutionen, in denen Russischsprachige mit mindestens 70% vertreten sind. 1993 wurde in der Hauptstadt die Slawische Universität eröffnet, was den wütenden Protest radikaler Nationalisten hervorrief, die die Republikführung geradezu des Verrats bezichtigten. Gegenwärtig bewerben sich 30-40 Abiturienten pro Studienplatz an dieser Universität. Der Grund dafür ist einfach: Sie ist die einzige Hochschule der Republik, an der Russischsprachige eine Ausbildung erlangen können.²²

1993 wurden die Stimmen immer lauter, die ein Ende des Abflusses "russischer Intelligenz und Arbeitskraft" verlangten. Am 6. November 1993 fand in Biškek eine Konferenz zum Thema "Kirgisien und Rußland: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" statt. Auf ihr wurde festgestellt, daß die Emigration der "russischsprachigen" Bevölkerung zu einem völligen Zusammenbruch der Industrie und Infrastruktur der Republik führe, zu einer Regression um 30 bis 50 Jahre, wenn nicht gar zu einer Rückführung auf die "Ausgangslage" im Jahr 1863 (dem Datum des Anschlusses Kirgisiens an Rußland). Hatte Akaev Anfang 1994 noch erklärt, "eine der Bedingungen, unter denen die demokratischen Umbildungen in der Republik vollzogen werden, ist die Abwanderung der Russen", sah sich die Republikführung nun immer mehr gezwungen, die Rea-

²¹ NG, 18.4. 1993.

²² Pravda, 7.7.1995.

litäten wahrzunehmen. Mitte 1994 wurde eine Konferenz mit dem bezeichnenden Titel "Kirgistan – Unser gemeinsames Haus" durchgeführt, und am 15. Juli 1994 unterzeichnete Akaev Dekrete über die Anerkennung des offiziellen Status der russischen Sprache überall dort, wo Russischsprachige die Bevölkerungsmehrheit stellen, und auch dort, wo "russischsprachige Spezialisten nicht zu ersetzen sind", über ein Verbot der Diskriminierung wegen mangelnder Sprachkenntnisse, über Strafverschärfungen für nationalistische Propaganda und sogar über paritätische Besetzung von Machtorganen. Letztere Bestimmung war besonders aktuell, da seit Ende 1992 Russischsprachige praktisch aus allen Leitungsorganen verdrängt worden waren. Außerdem unterzeichneten die Außenministerien Rußlands und Kirgistans ein Abkommen über die Vereinfachung der Erlangung der Staatsbürgerschaft Rußlands für Bürger Kirgistans (ethnische Russen) und die Wiederherstellung ihrer kirgisischen Staatsbürgerschaft, wenn sie zu dieser zurückkehren wollen.²³ Letzteres ist wiederum wichtig, weil viele Russen aus Kirgistan sich in ihrer "historischen Heimat" Rußland schlecht einleben. Die Russen in Kirgistan zeigen, wie andere nationale Minderheiten auch, das Bestreben, besser, kultivierter, vermöglicher zu sein, um zu überleben. Außerdem hatte sich die russischsprachige Diaspora in Kirgistan in sowjetischer Zeit durch die dorthin deportierten "Kulaken", auch durch die 1937 deportierten Koreaner und die 1941 deportierten Deutschen formiert. Deshalb begegnet man in Rußland den "Repatriierten" mit Mißgunst, nennt sie "Kulaken" oder "Kurkuli", möchte ihnen schlechtere materielle Bedingungen als die gewähren, unter denen sie in Kirgistan gelebt hatten, bedroht sie und beschuldigt sie, aus Kirgistan zu Recht vertrieben worden zu sein, weil sie sich dort Reichtümer zusammengerafft hätten.²⁴ Von 169.000 Russen, die zwischen Sommer 1989 und Sommer 1993 Kirgistan in Richtung Rußland verlassen hatten, kehrten 61.000 wieder zurück.²⁵ Dabei ist interessant, daß die Rückkehrer, die zuvor in peripheren Landesteilen Kirgistans gelebt hatten, ihre neuen Wohnorte nun bevorzugt in der zentralen Tschu-Region suchten.²⁶

Viele bezeichnen die entsprechenden Entscheidungen als verspätet und halbherzig. Tatsächlich hätten nur noch entschiedene Maßnahmen, darunter vor allem die Anerkennung des Russischen als zweite Staatssprache, die Auswanderung stoppen können. Doch auch die getroffenen Maßnahmen zeigten Wirkung. 1994 verließen 65.000 Personen die Republik, d.h. 1,5-2 mal weniger als im Vorjahr.²⁷ Von den Auswanderern von 1994 waren 50.000 Russen (zweimal weniger als 1993), und in den ersten neun Monaten 1995 waren es nur 15.000 Russen (laut Information der Vereinigung "Soglasie")

Dabei haben sich auch die Auswanderungsmotive verändert. Der nationale Aspekt trat etwas zurück, wichtiger wurden wirtschaftliche Probleme und auch die Angst vor wachsender Kriminalität.²⁸

Bedeutend schlechter steht es mit der "Gewährleistung einer proportionalen Repräsentation der Nationalitäten in den Machtorganen". Am 22. Oktober 1994 fanden zum Beispiel Wahlen zu den Lokalparlamenten (keneši) statt. Die Republikführung war bemüht, die Nationalität der neugewählten Abgeordneten nicht bekanntzugeben, und beschränkte sich auf die Mitteilung, daß sich unter ihnen "Vertreter von 15 Nationalitäten" befinden. Man kann aber aus indirekten Angaben daraus schließen, daß 85% der Abgeordneten Kirgisen sind (anderthalbmal soviel wie

²³ Nazarov, Nikolaev, a.a.O., S. 26f.

²⁴ Siehe z.B. Literaturnaja gazeta, 22.5.1991.

²⁵ Subbotina, Russkaja diaspora...-Kirgizija, a.a.O., S. 64.

²⁶ Sitnjanskij, Slavjanskoe naselenie Talasskoj doliny..., a.a.O.

²⁷ Izv., 5.10.1994; Nazarov, Nikolaev, a.a.O., S. 28.

²⁸ Segodnja, 6.5.1994.

ihr Anteil an der Republikbevölkerung) und nur 7% Slawen (dreimal niedriger als ihr Anteil an der Republikbevölkerung). In der Provinz Džalal-Abad erlangten die Russen nur einen von 25 Parlamentssitzen (bei einem Bevölkerungsanteil von 20%), die Usbeken sechs Sitze (bei einem Bevölkerungsanteil von 40%), aber die Kirgisen 18 Sitze (bei einem Bevölkerungsanteil von ebenfalls 40%). Bei der verfassungsgebenden Versammlung, die Akaev im November 1994 einberief, waren von 157 Teilnehmern nur 24 Nicht-Kirgisen, davon 12 Slawen.²⁹

Die Behörden versuchten auch die nationale Zusammensetzung des am 5. Februar 1995 gewählten Republikparlaments (Džogorku Keneš) zu verheimlichen. Aber nach ersten Vorausschätzungen vor den Wahlen konnten sich die Russischsprachigen nicht mehr als drei oder vier Mandate von 105 für sich ausrechnen. Allerdings wurde zur gleichen Zeit bei den Bürgermeisterwahlen in der Hauptstadt Biškek ein Russe, Boris Silaev, zum lokalen Akim gewählt.

Bis heute ist der Anteil der Russen an der Bevölkerung Kirgistans auf 17% gesunken, gegenüber 21,5% bei der Volkszählung 1989. Fast 80% der "Russischsprachigen" sind in der Republik geblieben. Ihre Stimmung interessiert uns.

Hier die Ergebnisse einer Umfrage³⁰ aus dem Jahre 1994:

Tabelle 1

Bevölkerungsgruppe			
	Russen in der Stadt	Russen auf dem Land	Kirgisen in der Stadt
<i>glauben, daß die Russen demnächst auswandern</i>	40%	51%	36%
<i>daß die Russen bleiben und für ihre Rechte kämpfen werden</i>	25%	16%	17%
<i>daß die Russen bleiben und sich den Umständen anpassen werden</i>	13%	7%	21%

Dabei dominieren in der russischsprachigen Bevölkerung unter denen, "die demnächst auswandern", die Jugend, unter den "Kämpfern" Leute über 50 Jahre und unter den "Anpassern" mittlere Altersgruppen.

Dennoch ist die Situation nicht hoffnungslos. So äußerten sich zuletzt immer mehr Russischsprachige mit Eigentum in Kirgistan, in dem Land bleiben zu wollen, wenn auch oft mit dem Vorbehalt, ihr Eigentum notwendigenfalls doch noch zu verkaufen, um für einen Umzug nach Rußland die notwendigen Mittel zu erlangen. Objektiv sind an der Auswanderung der russischsprachigen Bevölkerung nur eine schmale Schicht der Nomenklatura und einige externe Kräfte interessiert, die sowohl Kirgistan als auch Rußland gegenüber feindselig eingestellt sind. Die Tatsache, daß sich der größere Teil der russischsprachigen Diaspora – etwa vier Fünftel – bis

²⁹ Nazarov, Nikolaev, a.a.O., S. 33.

³⁰ Subbotina, Russkaja diaspora, a.a.O., S. 66f.

heute gehalten hat, die Rückkehr eines Teils der Emigranten (bis zu 40%), die historische Erfahrung der Möglichkeit des Zusammenlebens von Slawen (und überhaupt Europäern) und eurasischen Nomaden und Viehzüchtern sowie der geringe Islamisierungsgrad der Kirgisen geben Anlaß zur Hoffnung, daß die Frage des Verbleibs der slawischen Bevölkerung in Kirgistan (wie auch in Kasachstan) positiv entschieden wird.

Usbekistan

Solche Hoffnung kann man in bezug auf das Nachbarland Kirgistans, auf Usbekistan, auf ein Land, das immer mehr zum islamischen Osten tendiert, wohl kaum äußern. Im Unterschied zu Kirgistan ist ein Verbleib der Russischsprachigen in ländlicher Umgebung in Usbekistan wie überhaupt in dem von Seßhaften-Kultur geprägten Teil Mittelasiens schwer vorstellbar. Die Usbeken sind kein nomadisches Volk, keine Viehzüchter, sondern Landwirtschaft betreibende Seßhafte, und eine Symbiose mit europäischen Siedlern wie im kasachisch-kirgisischen Semireč'e (Siebenstromland) ist in Usbekistan kaum möglich. Die landwirtschaftlichen Bebauungsflächen werden nicht nur fast ausschließlich von Usbeken genutzt, sondern hier macht sich auch eine erhebliche agrarische Überbevölkerung spürbar (z.B. in Andižan über 500 Einwohner pro km.).

Es ist kein Zufall, daß die Zahl der Russen in Usbekistan in den achtziger Jahren abgenommen hatte, während sie in Kasachstan teilweise noch zunahm, oder daß sich in Kirgistan die Auswanderung der "Russischsprachigen" 1994 verringerte, während sie in Usbekistan in diesem Jahr wuchs wie nie zuvor. 1993 hatte sich die Abwanderung im Vergleich zum Vorjahr noch verringert (91.164 gegenüber 112.442 Auswanderer; davon waren 1992 76.302 Russen und 1993 60.983).³¹ Demgegenüber verschärfte sich der Prozeß 1994 erheblich. Im Januar 1994 verließen 2000 Menschen die Republik, im März bereits 3.300, im Juni 9200 und im August 16.000³², insgesamt in neun Monaten des Jahres 1994 92.000. Dabei ist zu bedenken, daß der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung in Usbekistan viel niedriger ist als in Kirgistan und daß die usbekische Regierung in der letzten Zeit einen Kurs der Zurückhaltung "russischsprachiger" Spezialisten durch Ausreisebehinderung verfolgt hat.³³

Auch in den Städten wurde das Leben für die Russen immer schwerer. In ihrer Mehrheit arbeiten sie in Industriebetrieben, die erhebliche Produktionsrückgänge erlebten und deren Produkte nicht mehr nachgefragt werden. Dies ist aber nicht das spezifische Problem, da diese Krisensituation für andere Republiken wie z.B. Kirgistan ebenso zutrifft. In Usbekistan kommt ein politischer Faktor hinzu. Hier etablierte sich ein autoritäres Regime, das jegliche Opposition unterdrückt, hier entbehren die Russischsprachigen auch jener Möglichkeiten, ihre Rechte zu verteidigen, die im sogenannten "demokratischen Kirgistan" noch gewährleistet sind. Vor Gericht wurden z.B. bei vergleichbaren Straftaten für Europäer strengere Urteile gefällt als für Usbeken. Etwas ähnliches war in der UdSSR in den zwanziger und dreißiger Jahren praktiziert worden, damals allerdings nicht nach nationalen sondern sozialen Kriterien. In den Provinzstädten kam es immer häufiger dazu, daß sich Vertreter der "autochthonen" (korennaja) Nationalität die Wohnungen von Russischsprachigen aneigneten, da diese in Kürze ohnehin das Land verlassen würden. Die Rechtsschutzorgane mischten sich in solchen Fällen nicht ein³⁴, wie sie überhaupt bei Rechtsverletzungen gegenüber Russischsprachigen häufig nicht aktiv wurden.

³¹ Kommersant Daily, 12.10.1994; N..Lebedeva, Novaja russkaja diaspora, Moskva 1995, S. 42.

³² Izvestija, 13.7.1995.

³³ Nezavisimaja gazeta, 1.12.1994.

³⁴ Moskovskij komsomolec, 22.11.1994.

Turkmenistan

In Turkmenistan etablierte sich ein noch wesentlich autoritäreres Regime, daß teilweise monströse kommunistische Züge bewahrt hat. Der völlige Mangel an objektiver Information aus der Republik bei offiziellen Massenmedien, die ausschließlich mit der Lobpreisung des "Turkmenbaši" beschäftigt sind, das Fehlen einer legalen und – nach Meinung einiger Spezialisten – auch einer illegalen Opposition machen es schwierig, objektive Informationen über die Situation der russischsprachigen Bevölkerung zu beschaffen. Offiziell stellt sich Turkmenistan als die einzige Insel interethnischer Harmonie in der GUS dar. Dennoch sickern einzelne Informationen durch. Dabei gibt es Anlaß zu der Vermutung, daß die Situation der europäischen Bevölkerung in Turkmenistan noch schwieriger ist als in Usbekistan.

Ihre schwierige Lage wird hier durch den allgemein schlechten Zustand der Wirtschaft noch erschwert. Als Beispiel kann die Wirtschaftslage in der Stadt Turkmenbaši (ehemals Krasnovodsk) angeführt werden. Laut Mitteilung der lokalen Presse wird dort ein Kilogramm Fleisch und ein Paket Waschpulver pro Person und Monat ausgegeben.³⁵ Auf Bezugsschein kann man zum Beispiel in Tašauz je ein kg Zucker und Reis, 250 g Tafelbutter und Tee, 2 kg Mehl und einen Liter Baumwollöl niedriger Qualität zu ermäßigten Preisen kaufen. Dafür muß man sich aber nach wie vor in endlose Käuferschlangen einreihen. Ein Laib Brot wird pro Tag für zwei Personen ausgegeben. Industriewaren sind nur in den kommerziellen Läden und auf dem Basar erhältlich. Überwiegend handelt es sich dabei um iranische und chinesische Produkte, deren Preise hoch sind und deren Qualität niedrig ist.³⁶

1995 entsprach der monatliche Durchschnittslohn in der Republik einem Gegenwert von 15 US-\$ (in Weltmarktpreisen gerechnet). Zu Beginn der Unabhängigkeit Turkmenistans wurde großartig verkündet, jeder Einwohner des Landes könne 50 ha Boden zur Nutzung bekommen. Das entpuppte sich als bloße politische Parole, denn bei diesem Boden handelt es sich um Sand. Noch weniger bedeutete solche Versprechung für die Russen, die zu 97% in den Städten leben und deren Mehrheit in der Erdöl- und Erdgasindustrie des Landes arbeitet. Dagegen sind kaum mehr als 6 % der Turkmenen in der Industrie beschäftigt. Diese Tatsache bestimmt die politische Lage der Russen, die 9,5% der Republikbevölkerung bilden, aber zu 95% zum Budget beitragen. Es ist kaum verwunderlich, wenn 59,1% von Respondenten einer Umfrage behaupteten, das Leben sei hier schwerer als in Rußland, und nur 9,1% die gegenteilige Meinung vertraten.³⁷ Aus der Quelle geht allerdings nicht deutlich hervor, ob es hierbei um eine Umfrage unter der Gesamtbevölkerung oder nur unter dem "russischsprachigen" Bevölkerungsteil handelte. Die Antworten lassen eher auf die zweite Annahme schließen.

Auch die weit und breit propagierten Regierungsmaßnahmen zur Sicherung des ethnischen Friedens (zu denen man die doppelte Staatsbürgerschaft zählen muß), können nichts daran ändern, daß die ökonomische Bedeutung der Russischsprachigen und ihre politische Bedeutung kraß divergieren. Die wirkliche Situation wird wohl eher von jenen Gerüchten erhellt, die in der turkmenischen Hauptstadt kursieren: Eines dieser Gerüchte besagte, man habe die Registrierung interethnischer Ehen verboten, weil die Regierung um die "Reinhaltung der Nation" kämpfe.³⁸

1991-92 wurden Russen auf den Posten des Vorsitzenden des Obersten Gerichts, der Staatsanwaltschaft, der Volkskontrolle, des KGB und des Innenministeriums durch Turkmenen ersetzt.

³⁵ Golos Turkmenbaši, 49/1995.

³⁶ Pravda, 13.9.1995.

³⁷ Turkmeny. Naučno-publicističeskij al'manach, M.1995, Janvar'- fevral', S. 53.

³⁸ K. Orekozev, Pod karakumskim nebom, in: Argumenty i fakty, 31/1995.

Russisches Leitungspersonal blieb lediglich in der Industrie bestehen, dort besonders in den wissenschaftsintensiven Branchen. Es wurde ein Gesetz über die Staatssprache verabschiedet, das den stufenweisen Übergang zum Turkmenischen bis 1995 vorsah. Gegenwärtig beherrschen nur 2,5% der Russen in Turkmenistan die turkmenische Sprache fließend.³⁹

Im Mai 1992 wurde der Versuch unternommen, eine russische Gemeinde in Turkmenistan zu gründen. Er wurde aber von den Behörden als verfassungswidrig qualifiziert und unterbunden. 1992-93 wanderten etwa 32.000 Russen aus Turkmenistan aus. Durchschnittlich emigrieren weiterhin jährlich 12.000 Personen, obwohl die Behörden die Ausreise mit allen möglichen Mitteln behindern. Man verbietet den Ausreisewilligen, ihre Wohnungen zu verkaufen und ihr Vermögen auszuführen u.a. Dafür erließ Präsident Nijazov ein Dekret über die Besetzung "geräumter Wohnungen", was in der Praxis zur Wohnungsenteignung bei Russischsprachigen führte, wenn diese auch nur für kurze Zeit ihren Wohnort verlassen hatten. Die "Pravda" berichtete von einem ehemaligen Einwohner der Stadt Tašauz (Tašchovuz), der für einen Kurzaufenthalt nach Rußland gereist war und dort länger als beabsichtigt aufgehalten wurde. Schon nach zwei Monaten wurden neue Mieter in seiner Wohnung einquartiert. Als er sich beim Bürgermeisteramt (hakimlik) beschwerte, teilte man ihm mit, die Wohnung sei ihm rechtmäßig genommen worden, weil er schon seit zwei Jahren nicht mehr in der Stadt lebte. Nach langem Gang durch die Behörden begriff er schließlich, daß die Geschichte mit seiner Wohnung kein Irrtum war, sondern einer planmäßigen Politik der Behörden entsprach. Er traf in dieser Zeit Dutzende Personen, denen ähnliches widerfahren war. Sein Fall endete damit, daß man ihm bei der Miliz mit einem Strafverfahren drohte, wenn er nicht aufhörte, "herumzulaufen und die Gesetze auszulegen". Danach wurde er von einem Auto angefahren und blieb wie durch ein Wunder unverletzt. Schließlich gab er auf und trat die Ausreise an. Er bat darum, in der Publikation seinen Namen nicht zu nennen, da er befürchtet, daß seine Verwandten und Freunde in Turkmenistan dadurch Schaden erleiden könnten.⁴⁰

Eine alte russische Einwohnerin Aschgabads berichtet folgendes: "Es ist verboten, seine Wohnung und sein Hab und Gut zu verkaufen. Das ist also 'Zehn Jahre Wohlergehen!' (die offizielle Regierungsparole, U.H.) Verkaufst du doch, drohen zwischen drei und acht Jahren Freiheitsstrafe. Willst du ausreisen, brauchst du ein Papier für 500 Manat. Wo soll ich soviel Geld hernehmen?"⁴¹ Dazu muß man wissen: Der Marktkurs für den Manat liegt bei 20 Rubel. 500 Manat wären zu diesem Kurs selbst für eine Rentnerin erschwinglich. In Turkmenistan ist aber ein Zwangskurs eingeführt worden, bei dem ein Manat 500 Rubeln entspricht. Außerdem wird die Ausreise für Russischsprachige dadurch behindert, daß die einzige Zugverbindung zwischen Aschgabad und Moskau zur Zeit (1995) nicht besteht und die Preise für ein Flugticket unerschwinglich sind.

Saparmurat Nijazov verkündete öffentlich, die slawische Bevölkerung würde sich weiter verringern und langfristig nicht mehr als 4% betragen. Gleichzeitig träumt der Turkmenbaši davon, "zwei Millionen Turkmenen hauptsächlich aus den Nachbarländern in ihrer historischen Heimat anzusiedeln". Die "Auslandsturkmenen" verspüren aber kein Verlangen danach. Eher reisen Turkmenen aus ihrer Republik aus, sofern sie ein Ausreiseziel haben.⁴²

Außer Russen reisen auch Angehörige anderer Nationalitäten aus, vor allem Deutsche und Juden. Von 1.388 Personen, die zwischen 1989 und 1992 ins "ferne Ausland" ausreisten, bega-

³⁹ Turkmeny, a.a.O., S. 52.

⁴⁰ Pravda, 13.9.1995.

⁴¹ K. Orekozev in Argumenty i fakty, 31/1995; Pravda, 17.6.1994.

⁴² Orekozev, ebenda.

ben sich 498 nach Deutschland und 681 nach Israel.⁴³ Nur die Zahl der Armenier und Aseri in der Republik wächst.

Am Morgen des 12. Juli 1995 fand in Aschgabad auf dem zentralen Machtumkuli-Prospekt eine präzedenzlose Protestdemonstration statt. Etwa tausend Menschen, hauptsächlich Turkmenen, gingen auf die Straße. In Flugblättern wurde zu neuen Präsidentschaftswahlen aufgerufen. Dort fand sich auch ein Aufruf an die russischsprachige Bevölkerung, die Versprechungen und Täuschungen durch Nijazov nicht länger hinzunehmen und nicht zu glauben, der Protestmarsch richtete sich gegen die Russen.⁴⁴

In Turkmenistan hat sich die russischsprachige Bevölkerung ebenso wie in Usbekistan nur schlecht in ländlicher Umgebung eingerichtet. Die Turkmenen waren traditionell mehrheitlich Nomaden. Europäer konnten sich an die klimatischen Bedingungen in dem Land kaum anpassen. Außerdem haben sich die Turkmenen im Unterschied zu den Kirgisen und Kasachen des Siebenstromlandes (Semireč'e) nicht freiwillig an Rußland angeschlossen. Auch dieser historische Umstand hat eine Symbiose zwischen der Stammbevölkerung und den Zugezogenen erschwert.

Tadschikistan

Am schlimmsten ist jedoch die Lage der russischsprachigen Bevölkerung in Tadschikistan. Abgesehen davon, daß Tadschikistan wie auch Usbekistan zum muslimischen seßhaften Kulturkreis gehört, wo sich Europäer in ländlicher Umgebung nur schwer einrichten können, liegt der Hauptgrund für diese schwierige Lage in dem Bürgerkrieg, der die Republik erschüttert hat. Die Russen stellen in Tadschikistan die größte Gruppe der nichtautochthonen Bevölkerung. Ihr Anteil in der Industrie machte bis vor kurzem 63% aus. Sehr hoch war er auch in den wissenschaftlichen Branchen, im Gesundheitswesen, in der Verwaltung und in anderen Bereichen.

Die besondere soziale Lage der Russischsprachigen, ihre Unterscheidung von der lokalen Bevölkerung durch ihre städtische Lebensweise und Zugehörigkeit zu einer anderen Konfession, untermauert von ihrer deutlich spürbaren Abhängigkeit vom fernen und kaum noch zu verstehenden Moskau, ließen in der tadschikischen Gesellschaft einen besonderen Mythos entstehen, wonach die Russen im Verlauf vieler Jahrzehnte Tadschikistan ausgebeutet hatten und das "goldene Zeitalter" des tadschikischen Volks mit der Ankunft der Russen in Mittelasien geendet hatte. Eben dieser Mythos wurde zur kaum reflektierten Grundlage für die in den letzten Jahren immer feindseliger gewordenen Beziehungen zu den Russen. Auf dieser Grundlage formten sich die offenen Widersprüche zwischen beiden Bevölkerungsgruppen aus.

Die Abwanderung der Russen aus Tadschikistan hatte schon vor 1979 begonnen, als sich der Migrationssaldo von einem positiven in einen negativen verwandelte. Die Emigration wuchs 1987 und 1988. Insgesamt blieb die Auswanderung in dem Jahrzehnt vor 1989 aber noch minimal. In dieser Periode war die Migration vor allem wirtschaftlich bedingt; lediglich die Emigration von Deutschen und Juden hatten einen anderen Hintergrund. Die Situation änderte sich grundlegend im Jahr 1989. Eine Reihe interethnischer Konflikte, insbesondere im Ferganatal, und die Zunahme antirussischer Stimmung im Alltagsleben zeitigten ihre deutliche psychologische Wirkung auf die russischsprachige Bevölkerung und veranlaßten sie zur Emigration. Die Verschärfung der interethnischen Beziehungen, die unter anderem durch eine dramatisch verschlechterte Situation in der Boden- und Wassernutzung hervorgerufen wurde und mit Prozessen

⁴³ Statističeskij bjulleten', No.18, Moskva 1993, S. 96.

⁴⁴ Izvestija, 13.7.1995.

der Politisierung der Gesellschaft und der Souveränitätsbestrebungen der nationalen Eliten einherging, fiel mit einer wichtigen ethnopolitischen Handlung zusammen: mit der Annahme eines Sprachengesetzes. Obgleich ein solches Gesetz in Tadschikistan am 22. Juli 1989 noch in vergleichsweise milder Form verabschiedet wurde und rechtliche Garantien für die Funktion der russischen Sprache als interethnisches Verständigungsmittel vorsah, veränderte es doch wie in anderen Unionsrepubliken die Lage der Russen. Das Gesetz wurde zwar bisher offiziell noch gar nicht implementiert, dennoch verspürten die Russen im Alltagsleben recht bald seine Wirkung in verschiedener Form und in verschiedenen Lebensbereichen.

Die Situation wurde nach den Unruhen in Dušanbe im Februar 1990 noch schlechter. Die Ereignisse signalisierten der russischsprachigen Bevölkerung nun deutlich, daß es an der Zeit war, die Koffer zu packen. Ungeachtet der Tatsache, daß die Ursachen der Februarpogrome und ihre Anstifter nie genannt worden waren, verkündete während eines Treffens der vereinigten Opposition im April 1992 der Führer der Muslime Tadschikistans, A. Turadžonzoda, in triumphierendem Tonfall: "Im Februar 1990 war uns der Sieg noch versagt, jetzt aber ist der Sieg nahe." Eine bezeichnende Aussage!

In den folgenden Jahren wurde die Situation mit dem Anwachsen eines "Souveränisierungsprozesses" immer angespannter und wuchs die Zahl der Emigranten. Auf diese Entwicklung wirkten sich sowohl die Ereignisse vom Ende 1991 bis Mai 1992 aus, die mit dem Auftauchen einer politischen Opposition, ihrer Konsolidierung und ihrem Kampf mit dem "kommunistischen" Regime zu tun hatten, als auch der im Frühsommer 1992 beginnende Bürgerkrieg. Allein im Mai 1992 ergriffen 20.000 Russischsprachige buchstäblich die Flucht aus der Republik. Die Formen und Methoden, mit denen dieser Krieg geführt wurde, der Tod vieler friedlicher russischer Einwohner, führten dazu, daß bis zum Zeitpunkt der Einnahme Duschanbes durch die Kräfte der Volksfront am 10. Dezember 1992 in Zentral- und Südtadschikistan mit Ausnahme der Hauptstadt praktisch keine Russen mehr zurückgeblieben waren.

Die Periode von 1993 bis 1995 war dadurch charakterisiert, daß anstelle der offenen Kriegshandlungen unter der Parole des Kampfs gegen die "Demo-Islamisten" (oder gegen den "islamischen Fundamentalismus") teilweise auch mit militärischen Mitteln ausgetragene Machtkämpfe innerhalb des Siegerlagers traten. Dazu gehörte nicht nur der Kampf zwischen den Leninabadern und den Kuljabern auf der obersten Ebene der Staatsgewalt, sondern auch der zwischen den tadschikischen Usbeken, aus denen sich die Volksfront vornehmlich rekrutierte, und den Kuljabern tadschikischer Nationalität. Dies alles vollzog sich vor dem Hintergrund völliger Gesetzlosigkeit und massenhafter Kriminalität, darunter in der Hauptstadt, sowie des Zusammenbruchs der tadschikischen Wirtschaft. Über die politische Kriminalität schrieb die "Pravda": "Praktisch keines dieser Verbrechen wird aufgeklärt. Das Problem liegt darin, daß die Kämpfer, die nach der Auflösung der Volksfront (Narodnyj front) in die verschiedenen Abteilungen der Rechtsschutzorgane übergegangen sind, dorthin eine Atmosphäre der Kriminalität, der Drogenaffinität und der Selbstjustiz mitgebracht haben".⁴⁵

Betrachten wir etwas genauer die Situation der russischsprachigen Bevölkerung Tadschikistans. Laut Angaben der offiziellen Statistik belief sich die Emigration in Länder außerhalb der Ex-UdSSR auf folgende Angaben:⁴⁶

⁴⁵ Pravda, 19.2.1994.

⁴⁶ Statističeskij bjulleten', No.17, Moskva 1993, S. 95.

Tabelle 2

Jahr	Emigranten insgesamt	Davon emigrierten nach		
		Deutschland	Israel	USA
1987	1.650	1.600	30	-
1988	6.000	5.823	121	34
1989	10.463	9.527	783	41
1990	12.468	7.720	4.518	164
1991	8.552	4.532	3.563	409
1992	5.336	1.869	2.799	612

Das Jahr 1989: Nach offiziellen Angaben verließen 1989 39.600 Personen die Republik. Zu dem Zeitpunkt betrug die Bevölkerungszahl 5,09 Mio. Der natürlich Bevölkerungszuwachs betrug 3,22%. Zu Beginn des Jahres 1990 hätten danach 5.256.587 Menschen in Tadschikistan leben müssen. Nach statistischen Angaben betrug die Einwohnerzahl damals 5.248.000 Menschen. Der negative Migrationssaldo belief sich demnach auf 8.600 Personen. Nach offiziellen Angaben wanderten in diesem Jahr 30.000 Personen in die Republik ein. Zieht man in Betracht, daß 1987-88 der negative Migrationssaldo wesentlich höher gewesen war (bei 44.500), muß man annehmen, daß ein bedeutender Teil der Immigranten 1989 Rückwanderer aus der Emigration der beiden vorhergehenden Jahre waren. Indirekt wird dies auch durch die Gerüchte über die vielen Russen bestätigt, die Tadschikistan verlassen hatten und wieder zurückgekommen waren. Solche Gerüchte waren Anfang der neunziger Jahre weit verbreitet.⁴⁷

1990: Nach der offiziellen Statistik verließen 113.700 Personen die Republik, darunter aus der Provinz Leninabad 29.700. Der negative Migrationssaldo belief sich auf 61.100. Wiederum wanderten etwa 50.000 Menschen aus anderen Regionen in die Republik ein. Möglicherweise begann zu diesem Zeitpunkt, als sich überall in Zentralasien die national-patriotische Propaganda verstärkte, die Übersiedlung tadschikischer Bevölkerung aus den Nachbarrepubliken nach Tadschikistan.

1991: Obgleich die Auswanderung aus nichtautochthonen Bevölkerungsgruppen weiter anhält (allein aus Leninabad wandern 24.300 Personen aus), ist der allgemeine Migrationssaldo positiv und liegt bei 36.260. Die Zahl der Einwanderer kompensiert nicht nur die Emigration, sondern überwiegt sie sogar beträchtlich. Dabei ist wiederum zu vermuten, daß es sich dabei um die Einwanderung von Tadschiken aus Nachbarrepubliken handelt, die in ihren souverän gewordenen Nationalstaat "zurückkehren".

1992: Es ist dies ein Jahr der massenhaften Vertreibung aus Tadschikistan - sowohl aus den zugewanderten, wie auch aus den eingeborenen Bevölkerungsteilen. Die offizielle Statistik führt 255.400 Emigranten an. Für die Russen unter ihnen kursiert in der Presse die Zahl 104.000.⁴⁸ Dabei sind die Opfer der Kampfhandlungen und die unter dem Druck der Volksfront nach Af-

⁴⁷ V.I. Buškov, D.V. Mikul'skij, Obščestvenno-političeskaja situacija v Tadžikistane: janvar' 1992 g. Issledovanija po prikladnoj i neotložnoj tnologii, Moskva 1992, vyp.26, S. 17.

⁴⁸ Izvestija, 6.5.1994.

ghanistan Vertriebenen noch nicht berücksichtigt. Ungeachtet des 1992 gesunkenen Tempos der natürlichen Bevölkerungsreproduktion (hauptsächlich infolge eines Absinkens der Geburtenrate), lebten zu Beginn des Jahres 1993 in Tadschikistan 5,7 Mio. Menschen. Im Vergleich zu 1992 hatte sich die Bevölkerung praktisch nicht vermehrt, aber der negative Migrationssaldo betrug 141.700.

Nach Mitteilung des russischen Föderalen Migrationsdienstes vom April 1993 hatten bis dahin von 388.000 Slawen, die 1989 in Tadschikistan gelebt hatten, 300.000 die Republik verlassen. Zweifellos hielt die Auswanderung der Russen und Angehörigen anderer nichtautochthoner Nationalitäten aus Tadschikistan auch nach diesem Datum an, was im Widerspruch zur Aussage des russischen Außenministers Kozyrev steht, der am 27. April 1993 die russischen Tadschikistanpolitik damit rechtfertigte, daß sich noch 200.000 Russischsprachige in dem Land befänden.⁴⁹

Im Bericht des Föderalen Migrationsdienstes vom März 1993 wurden nur 86.000 der Emigranten aus Tadschikistan als "Flüchtlinge" eingestuft, obgleich für diese Kategorie schon im November 1992 eine Ziffer von 144.700 genannt worden war.⁵⁰ Die Abwanderung von Russen und Angehörigen anderer nichtautochthoner Nationalitäten hielt auch 1993 an, aber das Tempo der Auswanderung wurde in diesem Jahr doch gedrosselt, befanden sich doch schon gegen Ende 1992 überwiegend nur noch diejenigen Russen in Tadschikistan, die aus verschiedenen Gründen nicht auswandern konnten. Ebenso wanderten Ukrainer und Weißrussen, Tataren, Koreaner, Baschkiren, Mordwinen und andere an russischer Sprache und Kultur orientierten Gruppen sowie praktisch alle Deutschen und Juden aus.

Aber auch Tadschiken verließen in beträchtlicher Zahl ihre Heimatrepublik, und dies betraf nicht nur die nach Afghanistan Vertriebenen, sondern auch Emigranten nach Rußland. Dabei reisten die Tadschiken nicht nur in ganzen Großfamilien-Gruppen (avlod) aus, sondern manchmal sogar siedlungsweise. Es flohen Usbeken aus Tadschikistan, nicht nur ins benachbarte Usbekistan, sondern häufiger noch nach Rußland. Die tadschikischen Araber, die aktiv die Volksfront und Emomali Rahmonov unterstützten, träumen heute davon, in eines der arabischen Länder umzusiedeln.

Es gibt aber auch eine gegenläufige Wanderungsbewegung: Die aus Tadschikistan ausgewanderte Bevölkerung wird durch "wilde" Übersiedler aus benachbarten, überbevölkerten Provinzen Usbekistans, besonders aus Surchandarja und Kaškadarja, ersetzt. So vollzieht sich eine "schleichende" Usbekisierung Tadschikistans.

Die Migrationsvorgänge zwischen 1989 und 1994, soweit von der Statistik erfaßt, werden noch einmal in untenstehender Tabelle zusammengefaßt. Als Resümee läßt sich sagen, daß die Frage der russischen Bevölkerung in Tadschikistan mehr oder weniger bereits entschieden ist. In ein, zwei Jahren wird es in der Republik diese Bevölkerungsgruppe praktisch nicht mehr geben.

Tabelle 3

Einige Migrationsindikatoren Tadschikistans für 1989-1994					
	<i>Emigranten insg.</i>	<i>darunter Russen</i>	<i>Migrations- saldo</i>	<i>Schätzung FM¹</i>	<i>Rückkehrer</i>

⁴⁹ Nezavisimaja gazeta, 26.4.1994.

⁵⁰ Nezavisimaja gazeta, 4.11.1993.

1989	39.600	-	-9.600	-	30.000
1990	113.700		-63.700	280.000	50.000
1991	120.000 ²		+36.300		156.300 ²
1992	255.400	104.000	-141.700	72.600	
1993	90.000			68.800	
1994	60-80.000				

¹ = Föderaler Migrationsdienst

² = Schätzung

Zwischen 1989 und 1994 sind demnach zwischen 680.000 und 690.000 Menschen aus Tadschikistan emigriert. Nach der Volkszählung von 1989 lebten in dem Land 388.500 Russen, 41.400 Ukrainer und Weißrussen, 32.700 Deutsche, 14.700 Juden, 13.400 Koreaner, 79.400 Tataren und 71.200 Angehörige anderer nichtautochthoner Nationalitäten. Insgesamt belief sich die Zahl der "nichtautochthonen" Bevölkerung auf 641.300.

Resumée

Im ehemals sowjetischen Zentralasien ist ein weiterer Verbleib eines beträchtlichen europäischen Bevölkerungsteils nur für Kasachstan und für den Norden Kirgistans zu erwarten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß europäische Bevölkerungsgruppen auch in der Zukunft noch in Taschkent und in den Erdöl fördernden Regionen Turkmenistans bleiben werden. Aus den übrigen Regionen Zentralasiens ist die Auswanderung praktisch der gesamten russischsprachigen Bevölkerung zu erwarten. In Tadschikistan ist dieser Prozeß faktisch bereits abgeschlossen.